

Initiativantrag

**der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten
betreffend die Einführung des Begriffs der "Schulsprache"**

Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für eine Novelle des Schulunterrichtsgesetzes mit dem Inhalt einzusetzen, dass die grundsätzliche Verwendung der deutschen Sprache zur Verständigung im Schulgebäude und am Schulgelände auch in den Pausen sowie vor, zwischen und nach den Unterrichtseinheiten zur Norm erhoben wird.

Begründung

Ein Hauptgrund für viele Probleme in den Schulen liegt in der immer öfter mangelnden Kommunikation der Schüler untereinander bzw. auch der Schüler mit den Lehrern. Sprechen Schüler, die zunehmend aus unterschiedlichen Sprach- und Kulturkreisen stammen, untereinander in verschiedenen Sprachen, sind Konflikte vorprogrammiert.

Mangelnde Kommunikation behindert das Verständnis für kulturelle Unterschiede und Eigenheiten der verschiedenen Gruppen und erschwert außerdem die Aufrechterhaltung von Ordnung und Disziplin in den Schulen.

Die Verpflichtung zur Verwendung der deutschen Sprache als Schulsprache stellt aber vor allem auch einen Beitrag zur besseren Integration dar.

Durch diese Maßnahme wird sichergestellt, dass das unerlässliche und für die Zukunft der Kinder und Jugendlichen entscheidende Beherrschen der deutschen Sprache gefördert wird.

Linz, am 4. Mai 2010

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Steinkellner, Lackner, Wall, Schießl, Povysil, Cramer, Nerat, Klinger